

**Zeitschrift:** SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP  
**Herausgeber:** Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft  
**Band:** 31 (1991)

**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** Kriesi, Hanspeter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.03.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Editorial

Aus Anlass zur 700-Jahrfeier der schweizerischen Eidgenossenschaft haben wir für die vorliegende Ausgabe des Jahrbuchs ein echt schweizerisches Thema gewählt: die direkte Demokratie. Die Schweiz unterscheidet sich in der Tat von den westlichen Demokratien durch ihre direkt-demokratischen Institutionen. In der übrigen Welt scheint man auf Referenden nur aufgrund von kurzfristigen politischen Opportunitätsüberlegungen zurückzugreifen, oder wenn es verfassungsmässig absolut nicht anders geht<sup>1</sup>. Im Hinblick auf ihre direkt-demokratischen Institutionen erweist sich die Schweiz auf den ersten Blick als Sonderfall.

Was man hierzulande allerdings häufig übersieht ist, dass die direkte Demokratie neben der Schweiz auch in verschiedenen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten Fuss gefasst hat. Wenn es auch in den Vereinigten Staaten auf Bundesebene keine vergleichbaren Institutionen gibt, sind sie in den einzelnen Staaten zum Teil weit entwickelt. So kennen, abgesehen von Delaware, alle Bundesstaaten der USA das obligatorische Verfassungsreferendum. Dieses kommt zudem häufig zur Anwendung: im Durchschnitt verzeichnet man seit seiner Einführung mehr als 100 formelle Verfassungsänderungen pro Staat. In 24 Staaten gibt es das fakultative Gesetzesreferendum, in 17 Staaten die Verfassungs- und in 21 Staaten auch die Gesetzesinitiative. In 20 Staaten findet man zusätzlich eine Form des obligatorischen Finanzreferendums und in 12 Staaten ein ausserordentliches Parlamentsreferendum. Andreas Auer kommt das Verdienst zu, erstmals einen systematischen Überblick über die Institutionen und den historischen Ursprung der direkten Demokratie in den amerikanischen Bundesstaaten präsentiert zu haben<sup>2</sup>. Während das helvetische Vorbild offenbar zwischen 1890 und 1920 einen grossen Einfluss auf die Ausbreitung dieser Institutionen der direkten Demokratie in den USA gehabt hat, könnte die heutige helvetische Diskussion zur Reform der direkten Demokratie ihrerseits von einer Rezeption der sehr intensiven direkt-demokratischen Praxis in den Vereinigten Staaten profitieren.

Es ist deshalb nicht von ungefähr, dass der vorliegende Band mit zwei Beiträgen zur direkten Demokratie in den Vereinigten Staaten beginnt. Zunächst gibt *Silvano Möckli* einen Überblick über die Institutionen und die Funktionsweise der direkten Demokratie in Kalifornien, dem bevölkerungsreichsten amerikanischen Bundesstaat. Anschliessend macht uns *Uli Glaser* mit dem amerikanischen «Recall» vertraut, einem Verfahren zur Abberufung von individuellen Amtsträgern, das mit den direkt demokratischen Instrumenten Entstehungsgeschichte und Verfahrens-

1 David Butler and Austin Ranney 1978. *Referendums. A Comparative Study of Practice and Theory*. Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research, S. 10.

2 Andreas Auer 1989. *Le référendum et l'initiative populaire aux Etats-Unis*. Basel: Helbing und Lichtenhahn. Die Angaben im Text habe ich dieser Arbeit entnommen.

weisen teilt. Derartige Verfahren sind in der Schweiz nicht gänzlich unbekannt. Einige Kantonsverfassungen sehen die Möglichkeit der Abberufung kollektiver Organe – die Abberufung der Regierung oder die Auflösung des Parlaments – vor, von ihnen wird aber im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten kein Gebrauch gemacht.

Butler und Ranney stellten sich bereits die Frage, warum es nur in der Schweiz und in einigen Staaten der USA eine derart grosse Zahl von Volksabstimmungen gibt<sup>3</sup>. Ihrer Ansicht nach hat dies damit zu tun, dass nur diese beiden politischen Systeme eine lange Tradition von direkter Versammlungsdemokratie auf lokaler Ebene haben. Als die Versammlungsdemokratie aufgrund des Bevölkerungswachstums in diesen beiden Systemen an ihre Grenzen stiess, wurden die Prinzipien der direkten Demokratie, so Butler und Ranney, an die Erfordernisse grösserer politischer Gemeinschaften angepasst: Referendum und Initiative wurden als Ersatz zur Versammlungsdemokratie eingeführt. Die drei Beiträge zur direkten Demokratie auf Gemeindeebene in der Schweiz erlauben eine indirekte Überprüfung dieser Hypothese. So zeigt der Beitrag von *Andreas Ladner*, dass die Gemeindeversammlung bei kleinen Gemeinden dominiert, während sie in Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern verschwindet. In kleinen, vor allem agrarischen, Gemeinden ist der Versammlungsbesuch zudem reger als in grösseren Gemeinden, welche diese Institution beibehalten haben. Gleichzeitig ergibt sich aber aus diesem Beitrag, dass die Grösse der Gemeinde nicht der einzig relevante Faktor für das Verschwinden der Gemeindeversammlung ist. Unterschiede in der politischen Kultur spielen ebenfalls eine Rolle. Während in den Deutschschweizer Kantonen klar die direkte Demokratie – mit oder ohne Gemeindeparlament – dominiert, finden wir die repräsentative Demokratie in den Westschweizer Kantonen und im Tessin entweder in allen Gemeinden (NE und GE), oder bereits in sehr kleinen Gemeinden (FR, VD, TI). Diese Unterschiede zwischen den Sprachregionen werden durch die Analyse direkt-demokratischer Partizipationsformen in sechs grösseren Städten der deutschen und französischen Schweiz, die *Thérèse Huissoud* und *Dominique Joye* präsentieren, bestätigt.

*Hans Gesers* Beitrag dokumentiert einen weiteren Effekt zunehmender Gemeindegrösse auf die Funktionsweise demokratischer Verfahren: mit der zunehmenden Grösse der Gemeinde nimmt direkt oder indirekt – aufgrund der mit der Grösse verbundenen Differenzierung der lokalen Produktionsstruktur und des lokalen politisch-administrativen Apparates – auch die Zahl und Vielfalt organisationaler Akteure in der Gemeindepolitik zu. Informelle und persönliche Beziehungen spielen nur in der Politik von Kleinstgemeinden eine dominierende Rolle. In grösseren Gemeinden übernehmen Vereine, Parteien und Wirtschaftsverbände zunehmend bedeutendere Aufgaben der politischen Artikulation. Auch Gesers Beitrag weist unter anderem auf zusätzliche kulturelle Determinanten der Organisation demokratischer Partizipation auf Gemeindeebene hin: er bestätigt nicht nur die Unterschiede zwischen den Sprachregionen, sondern findet auch einen höheren Organisationsgrad in katholisch dominierten Gemeinden.

<sup>3</sup> *op cit.*, S. 6

Mit den drei Beiträgen zur direkten Demokratie auf lokaler Ebene wird ebenfalls Neuland beschritten. Die Diskussion der direkten Demokratie in der Schweiz hat bisher an einer zu starken Konzentration auf die Bundesebene gelitten. Die vorliegenden Beiträge zur Gemeindedemokratie, deren vielfältige Ergebnisse ich hier nur angedeutet habe, belegen die Fruchtbarkeit einer vergleichenden Analyse der politischen Systeme, die in der Schweiz auf Gemeindeebene existieren.

Die nächsten fünf Beiträge beschäftigen sich mit der Bedeutung direkt demokratischer Institutionen für die politische Opposition. Im ersten Beitrag zu diesem Thema untersucht *Yannis Papadopoulos* die Bedeutung der direkten Demokratie für die kleinen Parteien auf der Bundesebene in der Schweiz. Dabei bestätigt er die bereits von Kerr geäusserte Vermutung, dass die direkt-demokratischen Institutionen die kleinen Parteien verstärken<sup>4</sup>. Dieser Effekt ist allerdings nicht gleichmässig auf die kleinen Parteien verteilt. Der Autor zeigt, dass es vor allem die kleinen Rechtsausserparteien – unterstützt durch einige kantonale Sektionen grosser bürgerlicher Parteien – sind, denen es gelingt, dank den Instrumenten der direkten Demokratie eine im wesentlichen konservative oppositionelle Volksströmung zu mobilisieren, die weit über ihren beschränkten elektoralen Anhang hinausgeht. In Einzelfällen sind diese Parteien selbst in der Lage, ein effektives Veto gegen die Modernisierungsbestrebungen der Behörden auszuüben.

Wenn es in erster Linie konservative Kräfte zu sein scheinen, die in der Schweiz von den direkt-demokratischen Institutionen profitieren, welche Bedeutung haben sie dann für die oppositionellen progressiven Kräfte und insbesondere für die neuen sozialen Bewegungen, die seit den frühen siebziger Jahren diese Art von Opposition am ehesten repräsentieren<sup>5</sup>? *Ruedi Eppe-Gass* formuliert dazu sehr pointierte Hypothesen: seiner Ansicht nach hat das klassische Instrument der Linksoption – die Volksinitiative – in erster Linie eine latente integrative Funktion. Seine Argumentation ergänzt Neidhart's These zur integrativen Funktion des fakultativen Referendums<sup>6</sup> in bezug auf die Initiative. Gemäss Eppe-Gass wirkt sich das Initiativrecht mässigend auf Ziele und Handlungsrepertoire der neuen sozialen Bewegungen aus, verstärkt die Zentralisierung und Bürokratisierung ihrer Organisationen und senkt ganz allgemein ihr Anspruchsniveau. Zielten die früheren sozialen Bewegungen mit ihren Initiativen zunächst noch auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, so geht es den neuen sozialen Bewegungen seiner Ansicht nach heute mit ihren Initiativen bestenfalls noch um Bewusstseinsveränderungen. Die allgemeine Folge ist eine Schwächung der Bewegungen, die sich dieses Instruments bedienen. Der Beitrag von Eppe-Gass mündet in die paradox anmutende Aufforderung an die Vertreter dieser Bewegungen, den schützenswerten Kern der schweizerischen politischen Institutionen insgesamt und der

4 Henry H. Kerr 1987. «The Swiss Party System: Steadfast and Changing», in *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, The Netherlands, and Belgium*, edited by Hans Daalder, London: Francis Pinter, S. 117.

5 vgl. dazu etwa Hanspeter Kriesi 1985. *Bewegung in der Schweizer Politik. Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz*. Frankfurt: Campus.

6 Leonhard Neidhart 1970. *Plebizit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Francke.

direkten Demokratie im besonderen dadurch zu verteidigen, dass sie sich neue Handlungsfelder ausserhalb der konventionellen Kanäle offizieller Politik zu erschliessen versuchen.

*Marco Giugni's* Beitrag bildet einen ersten Kontrapunkt zu dieser Entmythologisierung der direkt-demokratischen Instrumente. Er relativiert die genannten Thesen in dreierlei Hinsicht: zunächst weisen die von ihm präsentierten Daten nicht darauf hin, dass sich die Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen auf Initiativkampagnen beschränken. Zweitens ergibt sich aus seiner Analyse, dass die Initiativen zu den Anliegen neuer sozialer Bewegungen meist nicht oder nicht ausschliesslich von diesen selbst lanciert werden. Die Verfügbarkeit des direkt-demokratischen Instrumentariums erlaubt Allianzen zwischen diesen Bewegungen und ihnen nahestehenden Akteuren im Parteien- und Verbandssystem. Drittens deutet Giugni an, dass Epple-Gass die direkten und indirekten Effekte von Initiativen unterschätzt.

*Lee Ann Banaszak's* Vergleich zwischen dem Gebrauch des Initiativrechts durch die amerikanische und schweizerische Frauenstimmrechtsbewegung bildet einen weiteren Kontrapunkt zu den Thesen von Epple-Gass. Ihr zentrales Argument läuft darauf hinaus, dass die Wirkungsweise des Initiativrechts stark vom politischen Kontext abhängig ist. So hat im Falle der amerikanischen Bundesstaaten die Verfügbarkeit des Initiativrechts die Einführung des Frauenstimmrechts nicht beschleunigt. Dies hat damit zu tun, dass der Bewegung in denjenigen Bundesstaaten, die das Initiativrecht zur Zeit ihrer Mobilisierung nicht kannten, andere Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme zur Verfügung standen, von denen sie effizient Gebrauch zu machen wusste. In der Schweiz dagegen hat die Bewegung vom Initiativrecht profitiert, aber nur in den wenigen Fällen, wo sie selbst genügend stark war, um selbst eine Initiative lancieren zu können. In der Schweiz konnte die Einführung des Frauenstimmrechts dank der Initiative beschleunigt werden, weil die schweizerische Bewegung über keine alternativen Durchsetzungsmöglichkeiten verfügte. Auch die Lancierung von Initiativen durch Allianzpartner half der Bewegung nicht, weil diese in der Regel zu marginal waren oder ihr politisch nicht nahestanden.

Der Beitrag von *Roland Roth* zeigt uns schliesslich die aktuelle Situation der neuen sozialen Bewegungen in Deutschland, d. h. in einem politischen System, das über keine direkt-demokratischen Zugangsmöglichkeiten verfügt. Aus seinem Beitrag geht hervor, dass sich in Deutschland gerade wegen der überaus erfolgreichen Institutionalisierung eines Systems repräsentativer Demokratie ein Bewegungssektor neben und ausserhalb des Parteien- und Verbandssystems etabliert hat, dessen Ort im politischen System jedoch prekär bleibt. Roth beschreibt die verschiedenen Formen der «Normalität» des Bewegungssektors und seine Auswirkungen auf eine Reihe gesellschaftlicher Teilbereiche. Zu den «bemerkenswertesten Nicht-Effekten» der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik zählt er die institutionelle Folgenlosigkeit der Forderung nach mehr demokratischer Partizipation. Zwar wurden bestehende Rechte intensiver genutzt, kam es zu einer allgemeinen Politisierung, aber institutionelle Erweiterungen in Richtung direkter Demokratie und bürgernaher Dezentralisierung blieben aus. Ganz im Sinne von Epple-Gass



wären direkt-demokratische Beteiligungsformen für ihn «ohnehin nur ein Tropfen auf einen heissen Stein» – angesichts des tendenziell umfassenden Demokratie- und Gestaltungsanspruchs der neuen sozialen Bewegungen. Die Frage, ob die Etablierung eines Bewegungssektors jenseits traditioneller Interessenvermittlung durch die Abwesenheit direkt-demokratischer Zugangsmöglichkeiten in der Bundesrepublik eventuell erleichtert worden ist, wie man aufgrund der Thesen von Eppe-Gass vermuten könnte, bleibt vorläufig allerdings ungeklärt.

Im umfangreichsten letzten Teil des Jahrbuchs werden verschiedene Ansätze zu den Perspektiven der direkt-demokratischen Institutionen der Schweiz diskutiert. Diese Institutionen werden in jüngster Zeit insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Integration in Frage gestellt. Für Silvio Borner, Thomas Straubhaar und Aymo Brunetti ist die direkte Demokratie beispielsweise «die Mutter oder zumindest die Hebamme fast aller Schweizer Sonderfälle, die uns die Europaqualifikation erschweren»<sup>7</sup>. Aus ihrer Sicht sind substantielle Reformen unserer politischen Institutionen für eine Teilnahme der Schweiz am Prozess der europäischen Integration unerlässlich. In ihrem Beitrag zum Jahrbuch erläutern *Thomas Straubhaar* und *Aymo Brunetti* einen konkreten Reformvorschlag, der auf eine Erhöhung der Transaktionskosten des fakultativen Referendums abzielt<sup>8</sup>. Damit soll die Macht von Partikularinteressen auf ein «international übliches Mass» zurückgebunden und die Bremswirkung des Referendums entschärft werden. Im folgenden Beitrag setzt sich *Raimund Germann*, der die Sicht der Basler Ökonomen weitgehend teilt, mit der Frage des Doppelmehr-Referendums auseinander. Unter den Bedingungen des Doppelmehr-Referendums ist es seiner Ansicht nach heute beinahe unmöglich, Aussenpolitik zu betreiben. Eine – paradoxerweise von einer grossen Koalition getragene – Verfassungsrevision hat da Abhilfe zu schaffen.

*Alfred Kölz* teilt mit den drei genannten Autoren die Auffassung, dass die Schweiz – unter anderem angesichts der Herausforderung durch den europäischen Integrationsprozess – unverzüglich zu einer grundlegenden Reform ihrer politischen Institutionen schreiten sollte. Allerdings geht er in seinen Überlegungen zur Verfassungsreform nicht ausschliesslich oder primär von Effizienzgesichtspunkten aus. Im Gegensatz zu den Reformen aus den Reihen der Ökonomen, für welche Demokratie ein Mittel zum Zweck und nicht ein an sich zu verteidigender Grundwert ist, versucht er in dem von ihm zusammen mit seinem Kollegen Jörg Paul Müller vorgelegten Verfassungsentwurf die direkt-demokratischen Institutionen vor «zu wenig bedachten Anpassungsversuchen» zu bewahren und sie in einigen Belangen sogar auszubauen. In seinem Beitrag zu diesem Band kommentiert Kölz den Standpunkt des Verfassungsentwurfs in bezug auf die direkte Demokratie. Bemerkenswert an diesem Entwurf ist unter anderem, dass er, im Unterschied zu den Vorschlägen von Straubhaar und Brunetti, an der heutigen Form des fakultati-

7 Silvio Borner, Thomas Straubhaar und Aymo Brunetti 1990. «Schadenfall Schweiz», *Tages-Anzeiger Magazin* 38: 17–22.

8 Ihr Vorschlag lässt die Initiative unangetastet. Damit unterscheiden sie sich insbesondere vom Verfassungsentwurf der Kommission Furgler von 1977, der die Einheitsinitiative einführen will, aber das fakultative Referendum unangetastet lässt.

ven Gesetzesreferendums festhalten will. Er wendet sich auch gegen das von Germann vorgeschlagene Parlamentsreferendum. Darüber hinaus schlägt er die Einführung eines Verwaltungsreferendums sowie eines allgemeinen Finanzreferendums für neue einmalige und gesetzlich nicht gebundene Ausgaben vor. In bezug auf die Initiative wendet er sich deutlich gegen die Einheitsinitiative des Verfassungsentwurfs Furgler von 1977 und schlägt die Einführung einer Gesetzesinitiative auf Bundesebene vor. Den entscheidenden Anstoss zur Totalrevision erhofft sich Kölz von einem eidgenössischen Verfassungsrat.

Während die Diskussion zur Totalrevision auf Bundesebene im Moment trotz offensichtlicher staatspolitischer Schwierigkeiten nicht recht voran kommt, passen sich die politischen Institutionen auf lokaler und kantonaler Ebene schrittweise den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten an. *Jean-Claude Rennwald* zeigt am Beispiel der politischen Rechte für Ausländer, wie sich die Verfassungswirklichkeit schrittweise «von unten» her den veränderten sozialen und kulturellen Gegebenheiten anpasst. Seit längerer Zeit leben wir bereits in einer multikulturellen Gesellschaft; in den achtziger Jahren hat sich der Trend zur Vervielfältigung der Subkulturen in den westlichen Gesellschaften aber zweifellos verstärkt. Damit ist auch der Druck auf die politischen Institutionen gestiegen, die Menschen aus den verschiedenen Kulturen am politischen Geschehen zu beteiligen. Rennwald relativiert einige vorgefasste Meinungen zu diesem Thema und deutet Schwierigkeiten an, die sich gerade aus unseren direkt-demokratischen Institutionen für die politische Integration der Ausländer ergeben. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Befund von Papadopoulos, dass sich Rechtsausserparteien besonders geschickt dieser Institutionen zu bedienen verstehen.

Auch wenn die Institutionen formell nicht angepasst werden, so ändert sich unter Umständen ihre Funktionsweise, und damit möglicherweise auch ihr ursprünglich gemeinter Sinn. Dies wird illustriert durch Raimund Germann's Beitrag, verdeutlicht sich aber besonders auch am Beispiel der von *Claude Longchamp* beschriebenen Entwicklung des politischen Marketing in der Schweiz. Aufgrund der Entwicklung der Kommunikationstechnologie erleben wir bedeutende Veränderungen in der politischen Meinungsbildung. Die politisch relevante Öffentlichkeit wird immer weniger im direkten Gespräch oder an politischen Versammlungen konstituiert, sondern durch Massenmedien vermittelt. Das politische Marketing passt sich der veränderten Ausgangslage an: Professionalisierung, Zentralisierung, gezieltere und längerfristig geplante Kampagnen, verstärkter Medieneinsatz sind einige Stichworte, welche diese Entwicklung beschreiben. Der Beitrag von Longchamp macht die aktuellen Grenzen der Einflussmöglichkeiten des politischen Marketing deutlich: Abstimmungen sind offenbar nicht in jedem Fall käuflich, Personenwahlen sind nur zum Teil, Parteiwahlen kaum zu beeinflussen. Dennoch gibt es Fälle, wo das Marketing das Schicksal einer Vorlage bestimmen kann. Longchamp diskutiert abschliessend die damit verbundene Herausforderung für den demokratischen Prozess.

Aus dem fortschreitenden Wandel der Kommunikationstechnologie ergeben sich auch neue Möglichkeiten für direkt-demokratische Verfahren. Deren Vor- und Nachteile kommen im Beitrag von *Willem E. Saris* zur Sprache. Er vergleicht die

herkömmliche Volksabstimmung (Referendum) mit Formen der Teledemokratie und mit Umfragen, wie sie in der Meinungsforschung regelmässig zur Anwendung kommen. Im Gegensatz zu Volksabstimmungen, die wegen selektiver und insgesamt geringer Beteiligung selten repräsentativ sind, geben Umfragen ein repräsentatives Bild der in der Bevölkerung bestehenden Auffassungen. Auch erlauben sie eine viel differenziertere Stellungnahme als dies bei Volksabstimmungen der Fall ist. Überlicherweise haben sie allerdings zwei Nachteile: einerseits fehlt ihnen die legitimierende Wirkung der Volksabstimmung, andererseits kommen die im Interview abgegebenen Meinungen nicht im Kontext eines öffentlichen Meinungsbildungsprozesses zustande. Saris präsentiert eine Befragungsmethode, welche der zweiten Schwierigkeit Rechnung zu tragen versucht und die auch andere interessante Aspekte aufweist.

Man sollte meiner Ansicht nach intensiver über die Möglichkeiten des Einsatzes von repräsentativen Umfragen zur demokratischen Entscheidungsbildung nachdenken. Diese Verfahren teilen einerseits mit herkömmlichen Verfahren der repräsentativen Demokratie den Aspekt der Repräsentativität. Andererseits wird das Volk in diesen Verfahren aber nicht durch eine gewählte Elite, sondern durch eine Stichprobe aus seiner Mitte repräsentiert. Wie bei direkt-demokratischen Verfahren ist es in gewissem Sinne das Volk selbst, das sich äussert. Im Gegensatz zu direkt-demokratischen Verfahren hat allerdings nicht jedermann die Möglichkeit, sich auszudrücken. Im Gegensatz zu herkömmlichen repräsentativen Verfahren hat aber jedermann die gleiche (kleine) Chance, ausgewählt zu werden. Der Zufall der Stichprobenziehung schaltet Machtunterschiede zum grossen Teil aus. Derartige Verfahren eignen sich vermutlich kaum für stark umstrittene Grundsatzentscheide. Als Ergänzung zu den bekannten Verfahren könnten sie aber eventuell in frühen Phasen politischer Entscheidungsprozesse und in Detailfragen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Im abschliessenden Beitrag betten *Wolf Linder* und *Th.-Huyen Ballmer-Cao* die Problematik der direkten Demokratie in den weiteren Rahmen der Entwicklung des politischen Systems der Schweiz ein. Sie entwickeln drei mögliche Szenarien – Status quo, Europäisierung der Verfassung und gesellschaftliche Vitalisierung der Demokratie. ~~Das zweite Szenario entspricht weitgehend den Vorstellungen von Germann und Straubhaar/Brunetti und strebt eine effizientere Gestaltung der politischen Institutionen an. Die dritte Perspektive ist dagegen gekennzeichnet durch eine «angemessene Verbindung von innerer und äusserer Problemlösungseffizienz der politischen Institutionen mit der Fortentwicklung der Demokratie» und entspricht in etwa der durch den Verfassungsentwurf von Kolz und Müller vorgezeichneten Entwicklungslinie. Ich denke, dass mit diesen drei Modellen ziemlich genau die Optionen abgesteckt sind, welche heute zur Diskussion stehen.~~

Dieser Band setzt die Tradition der themenbezogenen Jahrbücher fort. Ich hoffe, dass er zur Klärung der aktuellen Situation und der möglichen Perspektiven der direkten Demokratie beiträgt. Während die Institutionen der direkten Demokratie in der Schweiz im Moment unter Druck geraten, ist das Interesse an diesen Institutionen in anderen Teilen Europas in letzter Zeit eher gestiegen. Ich bin davon überzeugt, dass die Schweiz in diesem Punkt über einen Exportartikel verfügt, der



auch heute noch – hundert Jahre nach der Übernahme direkt-demokratischer Institutionen durch verschiedene amerikanische Bundesstaaten – eine grosse Attraktivität besitzt. Es verbleibt mir, all jenen zu danken, die am Zustandekommen dieses Bandes mitgearbeitet haben. Das sind zunächst die Autorinnen und Autoren, dann meine Kollegen Wolf Linder und Silvano Möckli, welche im Redaktionsteam mitwirkten. Gisèle von Fadgyas half mir mit den Übersetzungen ins Französische. Anne Gyger und Thérèse Rolle unterstützten mich mit Sekretariatsarbeiten. Diego Hättenschwiler und Serge Terribilini haben die Bibliographie erstellt.

Hanspeter Kriesi  
Jahrbuch-Redaktor

# Editorial

A l'occasion des 700 ans de la Confédération suisse, nous avons choisi un thème typiquement suisse pour l'édition de l'annuaire de cette année: la démocratie directe. En fait, la Suisse se distingue des autres démocraties occidentales par ses institutions de la démocratie directe. Il paraît que dans le reste du monde on utilise des référendums uniquement pour des raisons d'opportunité politique à court terme ou lorsqu'on ne peut pas contourner les exigences constitutionnelles<sup>1</sup>. A première vue, la Suisse semble être un cas exceptionnelle en ce qui concerne ses institutions démocratiques.

Cependant, en ce pays on néglige souvent le fait que la démocratie directe ne se trouve pas exclusivement en Suisse, mais aussi dans plusieurs Etats membres des Etats-Unis. S'il n'y a pas d'institutions comparables au niveau de l'Etat fédéral américain, elles sont pourtant bien développées dans certains des Etats membres. Ainsi, tous les Etats, à l'exception de Delaware, prévoient expressément le référendum constitutionnel obligatoire. En plus, celui-ci est souvent appliqué: depuis son introduction, on compte une moyenne de plus de 100 révisions par constitution d'Etat. 24 Etats connaissent le référendum facultatif, 17 Etats l'initiative constitutionnelle et 21 Etats l'initiative législative. En outre, dans 20 Etats, on trouve une forme du référendum financier obligatoire et dans 12 Etats une sorte de référendum parlementaire extraordinaire. C'est à Andreas Auer que revient le mérite d'avoir fourni pour la première fois un résumé systématique des institutions et des origines historiques de la démocratie directe dans les Etats américains<sup>2</sup>. Alors que le modèle helvétique a apparemment exercé entre 1890 et 1920 une grande influence sur la diffusion des institutions de la démocratie directe aux Etats-Unis, la discussion helvétique actuelle de la réforme de ces institutions pourrait à son tour profiter de la réception de la pratique très intense aux Etats-Unis.

Ce n'est donc pas un hasard qu'en l'occurrence ce volume soit introduit par deux contributions concernant la démocratie directe aux Etats-Unis. D'abord, *Silvano Möckli* présente les institutions et le mode de fonctionnement de la démocratie directe en Californie, l'Etat américain le plus peuplé. Ensuite, *Uli Glaser* nous familiarise avec le «recall», une procédure de révocation de titulaires individuels du pouvoir, qui partage les origines et les procédés avec les instruments de la démocratie directe. De tels procédures ne sont pas inconnues en Suisse. Quelques constitutions cantonales les prévoient à l'égard d'organes collectifs – le rappel du gouvernement, la dissolution du parlement. Contrairement aux Etats-Unis, elles ne sont cependant jamais utilisées en Suisse.

1 David Butler and Austin Ranney 1978. *Referendums. A Comparative Study of Practice and Theory*. Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research, S. 10.

2 Andreas Auer 1989. *Le référendum et l'initiative populaire aux Etats-Unis*. Basel: Helbing und Lichtenhahn. Les indications dans le texte sont fournis par ce livre.

Butler et Ranney se posent la question, pourquoi on ne trouve un nombre si élevé de votations qu'en Suisse et dans quelques Etats américains<sup>3</sup>. Selon leur hypothèse, cela s'explique par le fait qu'il n'y a de longues traditions en démocratie d'assemblées locales que dans ces deux types de systèmes politiques. Au moment où la démocratie d'assemblée y avait rencontré ses limites à cause de la croissance de la population, les principes de la démocratie directe auraient, selon ces auteurs, été adaptés aux exigences des communautés politiques plus étendues: le référendum et l'initiative auraient été introduits afin de remplacer la démocratie directe. Les trois contributions concernant la démocratie directe au niveau local en Suisse permettent une évaluation indirecte de cette hypothèse. Ainsi, la contribution d'*Andreas Ladner* montre que l'assemblée communale domine dans les petites communes, tandis qu'elle disparaît dans les communes de plus de 20000 habitants. De plus, la participation aux assemblées s'avère plus intense dans les petites communes, et surtout dans les communes agricoles, que dans les communes plus grandes qui ont préservé cette institution. Cependant, on constate, en même temps, que la taille d'une commune n'est pas le seul facteur important. Des différences de culture politique jouent aussi un rôle. Dans les cantons de la Suisse alémanique, la démocratie directe – avec ou sans assemblée communale – est nettement dominante, tandis qu'en Suisse romande et au Tessin, on trouve la démocratie représentative, soit dans toutes les communes (NE et GE), soit déjà dans des communes assez petites (FR, VD, TI). Ces différences entre les régions linguistiques sont confirmées par une analyse des formes de participation directe dans six villes en Suisse allemande et en Suisse romande, présentée par *Thérèse Huissoud* et *Dominique Joye*.

La contribution de *Hans Geser* indique que la taille des communes a encore d'autres impacts sur le mode de fonctionnement de la démocratie locale: plus la taille d'une commune est grande, plus on y trouve un nombre élevé et un éventail étendu d'organisations qui interviennent dans la politique locale, soit parce que la structure socio-économique et celle de l'administration locale sont plus différenciées dans les grandes communes, soit pour d'autres raisons liées plus directement au seul facteur de la taille. Des relations informelles et personnelles ne jouent un rôle dominant que dans la politique locale des plus petites communes. Dans les communes plus grandes, les associations, les partis et les groupes d'intérêts économiques se chargent toujours plus de la tâche de l'articulation politique. De plus, la contribution de Geser nous renvoie encore une fois aux déterminants culturels de l'organisation de la participation démocratique au niveau local: elle confirme non seulement les différences qui existent entre les régions linguistiques, mais elle indique aussi un taux d'organisation plus élevé dans les communes dominées par les catholiques.

Les trois contributions sur la démocratie directe, au niveau local, défrichent du terrain vierge. La discussion de la démocratie directe en Suisse a jusqu'à présent souffert d'une trop forte concentration sur le niveau fédéral. Les contributions traitant de la démocratie locale, présentées dans le cadre de cet annuaire, dont je

<sup>3</sup> *op cit.*, p. 6

n'ai pu qu'ébaucher les résultats très riches, indiquent à quel point une analyse comparée des systèmes politiques locales en Suisse peut être productive.

Les cinq prochaines contributions traitent du rôle que les institutions de la démocratie directe jouent pour l'opposition politique. Dans le premier article concernant ce thème, Yannis Papadopoulos analyse la signification de ces institutions pour les petits partis en Suisse. Il confirme l'hypothèse déjà proposée par Kerr que la démocratie directe renforce les petits partis<sup>4</sup>. Cet effet ne concerne pourtant pas tous les petits partis de la même façon. L'auteur montre que ce sont surtout les petits partis de l'extrême droite – en coalition avec quelques sections cantonales des grands partis bourgeois –, qui réussissent à mobiliser un courant populaire essentiellement conservateur qui s'étend bien au delà de leurs électors relativement restreints. Dans quelques cas, ces partis exercent même un certain pouvoir de veto contre les efforts de modernisation des autorités.

Si ce sont surtout les milieux conservateurs qui profitent des institutions de la démocratie directe en Suisse, quelles sont donc leurs conséquences pour les milieux de l'opposition progressiste et notamment pour les nouveaux mouvements sociaux qui représentent le plus ce type d'opposition depuis le début des années septante<sup>5</sup>? Par rapport à cette question, Ruedi Epple-Gass avance quelques propositions très provocatrices: selon lui, l'instrument classique de l'opposition de gauche – l'initiative populaire – a d'abord une fonction latente d'intégration. Son argument complète la thèse de Neidhart concernant la fonction intégratrice du référendum facultatif à l'égard de l'initiative<sup>6</sup>. Selon Epple-Gass, le droit d'initiative exerce un effet de modération sur les buts et le répertoire d'action des nouveaux mouvements sociaux, il renforce la centralisation et la bureaucratisation de leurs organisations et il baisse plus généralement leur niveau d'aspiration politique. Si les initiatives des mouvements sociaux plus anciens ont encore visé des transformations fondamentales de la société, celles des nouveaux mouvements sociaux se contentent, selon lui, d'obtenir une transformation de la conscience des citoyen/nes. La conséquence générale est un affaiblissement des mouvements qui se servent de cet instrument. La contribution d'Epple-Gass débouche sur un appel, apparemment paradoxal, aux militants de ces mouvements: il leur demande de défendre le noyau des institutions politiques suisses en général et de la démocratie directe en particulier – un noyau qu'il considère très précieux – par la tentative d'ouvrir de nouveaux champs d'action en dehors du terrain de la politique conventionnelle.

La contribution de Marco Giugni représente un premier contraste de cette démystification de la démocratie directe. Il relativise ces thèses à trois égards: premièrement, ses données n'indiquent pas que les activités des nouveaux mouve-

4 Henry H. Kerr 1987. «The Swiss Party System: Steadfast and Changing», in *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, The Netherlands, and Belgium*, edited by Hans Daalder, London: Francis Pinter, p. 117.

5 voir Hanspeter Kriesi 1985. *Bewegung in der Schweizer Politik. Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz*. Frankfurt: Campus.

6 Leonhard Neidhart 1970. *Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Francke.



ments sociaux se limitent aux campagnes d'initiatives. Deuxièmement, son analyse montre que les initiatives concernant les buts des nouveaux mouvements sociaux ne sont souvent pas (ou souvent pas exclusivement) lancées par leur propres organisations. La disponibilité des instruments de la démocratie directe permet de forger des alliances entre ces mouvements et des acteurs du système de partis ou de celui des associations d'intérêts qui leur sont proches. Troisièmement, Giugni indique qu'Epple-Gass sous-estime les effets directs et indirects des initiatives.

*Lee Ann Banaszak* nous présente une comparaison de l'utilisation du droit d'initiative par le mouvement suisse pour le droit de vote pour les femmes avec celle par le mouvement analogue aux Etats-Unis – comparaison qui constitue un deuxième contraste avec les thèses d'Epple-Gass. Son argument principal implique que les effets du droit d'initiative dépendent fortement du contexte politique. Ainsi, la disponibilité du droit d'initiative n'a pas accéléré l'introduction du droit de vote pour les femmes, dans le cas des Etats-Unis. Ce manque d'effets s'explique par le fait que dans les Etats qui n'ont pas connu le droit d'initiative au moment de sa mobilisation, le mouvement a su faire un usage efficace d'autres moyens politiques équivalents. Par contre, il s'avère qu'en Suisse le mouvement a profité du droit d'initiative, mais seulement dans les quelques cas où il était suffisamment fort pour lancer lui-même une initiative. En Suisse, l'introduction du droit de vote pour les femmes a pu être accéléré grâce au droit d'initiative, parce qu'il n'y avait pas d'autres moyens de s'imposer. Même la lancement d'une initiative par un allié ne servait à rien, car il s'agissait, en règle générale, d'organisations marginales et pas proches du mouvement.

Finalement, la contribution de *Roland Roth* montre la situation actuelle des nouveaux mouvements en Allemagne fédérale, c'est-à-dire dans un système politique qui ne dispose pas de possibilités d'accès à la démocratie directe. Il ressort de son article que l'établissement d'un secteur de nouveaux mouvements sociaux importants, mais avec un emplacement toujours précaire au sein du système politique, est dû essentiellement à la forte institutionnalisation de la démocratie parlementaire en Allemagne. Roth décrit les différentes formes de la «normalité» du secteur des mouvements ainsi que ses conséquences pour une série de domaines de la société. Parmi les «non-effets les plus remarquables» des nouveaux mouvements sociaux, il compte le manque d'effets, au niveau institutionnel, des demandes pour plus de participation démocratique. Il est vrai que les droits qui existent ont été utilisés de façon plus intense, et qu'on peut parler d'une politisation générale, mais il n'est pas question d'institutionnaliser certaines formes de la participation directe ou de décentralisation administrative qui s'approchent davantage du citoyen/de la citoyenne. Tout comme pour Epple-Gass, les différentes formes de participation prévues par la démocratie directe ne constituent pour lui de toute façon qu'une «goutte d'eau dans la mer», vu les aspirations très poussées que les nouveaux mouvements sociaux ont par rapport à la démocratie et la participation. La question de savoir si l'établissement d'un secteur de mouvement, en dehors des systèmes intermédiaires traditionnels, a été favorisé en Allemagne fédérale par le manque d'accès directe, comme on pourrait le soupçonner sur la base des thèses d'Epple-Gass, reste pour le moment pourtant sans réponse.

La dernière partie, la plus volumineuse de cet annuaire, est consacrée à différentes approches qui s'occupent des perspectives pour les institutions de la démocratie directe en Suisse. Ces institutions ont récemment été mises en question dans le cadre de la discussion sur l'intégration européenne. Pour Silvio Borner, Thomas Straubhaar et Aymo Brunetti, par exemple, la démocratie directe est «la mère, ou au moins la sage-femme, de presque tous les cas exceptionnels qui nous rendent la qualification pour l'Europe plus difficile»<sup>7</sup>. De leur point de vue, il faut des réformes substantielles de nos institutions politiques pour que la participation de la Suisse au processus de l'intégration européenne soit possible. Dans leur contribution à l'annuaire, *Thomas Straubhaar* et *Aymo Brunetti* expliquent un projet de réforme visant à une augmentation des coûts de transaction du référendum facultatif<sup>8</sup>. Ils entendent par là réduire le pouvoir des intérêts particuliers à un «niveau habituel sur le plan international» et de limiter l'effet de freinage du référendum. Dans la contribution suivante, *Raimund Germann*, qui partage largement le point de vue des économistes bâlois, réfléchit au problème du référendum à double majorité. Sous la condition du référendum à double majorité, il est, selon lui, pratiquement impossible de conduire une politique étrangère. Seule une révision de la constitution, qui devrait – paradoxalement – être mise en oeuvre par une grande coalition, pourrait remédier à cette situation.

*Alfred Kölz* partage l'opinion de ces trois auteurs que la Suisse – face, entre autres, au défi de l'intégration européenne – devrait entamer sans tarder des réformes fondamentales de ses institutions politiques. Cependant, il ne fonde pas ses considérations exclusivement ou principalement sur des critères d'efficacité. Contrairement aux réformateurs issus des rangs des économistes, pour qui la démocratie est un moyen d'arriver au but, mais pas une valeur qu'il faut défendre en soi, il essaie de préserver les institutions de la démocratie directe des «tentatives de modification peu réfléchies» et même de les étendre à certains égards. Dans sa contribution, Kölz commente le point de vue du projet pour une nouvelle constitution fédérale, qu'il a élaborée avec son collègue Jörg Paul Müller. Par rapport à la démocratie directe, ce projet se distingue, entre autres, par le fait que, contrairement aux propositions de Straubhaar et Brunetti, il retienne la forme actuelle du référendum facultatif. Il s'oppose aussi au référendum parlementaire proposé par Germann. En plus, il recommande l'introduction d'un référendum administratif ainsi que d'un référendum financier général pour de nouvelles dépenses exceptionnelles pas prévues par une loi. En ce qui concerne l'initiative, il prend sa distance par rapport à l'initiative de type unique du projet pour une nouvelle constitution de la commission Furgler de 1977, et il propose l'introduction de l'initiative législative au niveau fédéral. L'impulsion décisive pour une révision totale devrait, selon Kölz, venir d'une assemblée constituante.

7 Silvio Borner, Thomas Straubhaar und Aymo Brunetti 1990. «Schadenfall Schweiz», *Tages-Anzeiger Magazin* 38: 17–22.

8 Leur proposition ne touche pas à l'initiative. Par cela ils se distinguent du projet constitutionnel de la commission Furgler de 1977, qui envisageait l'introduction de l'initiative de type unique, mais qui laissait intact le référendum facultatif.

Alors que la discussion sur une révision totale de la constitution au niveau fédéral n'avance pas actuellement, malgré les difficultés apparentes de la politique institutionnelle, les institutions politiques, aux niveaux local et cantonal, s'adaptent graduellement aux transformations de la société. *Jean-Claude Rennwald* montre par l'exemple des droits politiques des étrangers comment la réalité constitutionnelle s'adapte par étape et «par en bas» aux nouvelles données sociales et culturelles. Depuis quelque temps déjà, nous vivons dans une société multiculturelle. Au cours des années quatre-vingt, la tendance à la multiplication des sous-cultures s'est sans doute encore accentuée dans les sociétés occidentales. Parallèlement, la pression sur les institutions politiques est montée de faire participer à la politique les gens issus de cultures différentes. Rennwald relativise quelques opinions préconçues à l'égard de cette problématique et indique les difficultés résultant précisément de nos institutions de la démocratie directe pour l'intégration politique des étrangers. Il convient de tenir compte, dans ce contexte, de la constatation de Papadopoulos que les partis de l'extrême droite sont particulièrement habiles dans l'utilisation des instruments de la démocratie directe.

Même si l'on n'adapte pas formellement les institutions, il se peut que leur mode de fonctionnement change et que par conséquent leur sens original soit aussi détourné. Ceci est bien illustré par la contribution de Raimund Germann, mais devient particulièrement transparent à l'exemple du marketing politique dont le développement en Suisse est présenté par *Claude Longchamp*. A cause du développement de la technologie de communication, nous vivons un changement important de la formation de l'opinion politique. L'espace public ne se constitue de moins en moins dans la conversation personnelle ou dans des assemblées politiques, mais par l'interposition des médias. Le marketing politique s'adapte à cette situation nouvelle: professionnalisation, centralisation, des campagnes plus ciblées et planifiées à long terme, utilisation renforcée des médias sont quelques mots clés qui décrivent ce développement. La contribution de Longchamp clarifie les limites actuelles des possibilités du marketing politique d'exercer son influence: apparemment, on ne peut pas acheter toutes les votations, et il n'est que partiellement (dans le cas des personnes) ou guère (dans le cas des partis) possible d'influencer les élections. Cependant, il y existe des cas, où le marketing arrive à déterminer le succès d'un projet. Longchamp discute finalement le défi que ce développement représente pour le processus démocratique.

De l'évolution progressive de la technologie de communication résultent aussi de nouvelles possibilités pour les procédures de la démocratie directe. Leurs avantages et désavantages sont discutés dans la contribution de *Willem E. Saris*. Il compare les votations (référendums) traditionnelles avec différentes formes de la télé-démocratie et avec les sondages, comme on les utilise régulièrement dans l'analyse de l'opinion publique. Contrairement aux votations, qui ne sont guère représentatives à cause de la participation sélective et généralement assez restreinte, les sondages donnent une image représentative des opinions qui existent au sein de la population. En plus, ils permettent une prise de position bien plus différenciée que celles des votations. D'habitude, ils ont pourtant deux désavantages: d'un côté, il leur manque la légitimité dont jouissent les votations; de l'autre côté, les opinions

données lors des interviews ne se constituent pas dans le contexte d'un débat public. Saris présente une méthode de sondage qui essaie de tenir compte de la deuxième difficulté et qui se caractérise par d'autres aspects intéressants.

A mon avis, on devrait plus réfléchir sur les possibilités de l'application des sondages représentatifs pour la prise de décisions démocratiques. Ces procédures partagent, d'une part, l'aspect de la représentativité avec les procédures traditionnelles de la démocratie parlementaire. D'autre part, le peuple n'est pas représenté par une élite dans ces procédures, mais par un échantillon choisi parmi le peuple lui-même. Comme dans le cas des procédures démocratiques directes, c'est dans un certain sens le peuple lui-même qui s'exprime. Contrairement à ces procédures, tout le monde n'a pourtant pas la possibilité de s'exprimer. Par contre, et contrairement aux procédures de la démocratie parlementaire, tout le monde a la même (petite) probabilité d'être choisi. Le hasard du tirage de l'échantillon élimine en grande partie les différences de pouvoir. De telles procédures ne se prêtent probablement pas pour des décisions fondamentales et fortement contestées. Mais en tant que complément aux procédures connues, elles pourraient éventuellement jouer un rôle à ne pas sous-estimer lors des premières phases des processus de décision ou en ce qui concerne les questions de détails.

Dans la dernière contribution, *Wolf Linder* et *Th.-Huyen Ballmer-Cao* situent l'enjeu de la démocratie directe dans le cadre plus large de l'évolution du système politique suisse. Ils développent trois scénarios possibles – le statu quo, la constitution à capacité européenne, et la stimulation sociétale de la démocratie. Le deuxième scénario correspond largement aux idées de *Germann* et *Straubhaar/Brunetti* et il vise une configuration plus efficace de nos institutions politiques. La troisième perspective, par contre, se caractérise par une «combinaison adéquate entre une haute capacité intérieure des institutions politiques à résoudre les problèmes et le développement continu de la démocratie». Elle correspond à peu près à la perspective tracée par le projet de *Kölz* et *Müller*. Je pense que ces trois modèles délimitent assez précisément les options qui sont actuellement débattues.

Ce volume continue la tradition des annuaires thématiques. J'espère qu'il contribuera à la clarification de la situation actuelle et des perspectives possibles de la démocratie directe. Au moment où les institutions de la démocratie directe sont mises en question en Suisse, il se trouve que l'intérêt qu'on porte à ces institutions en Europe voisine tend à augmenter. Je suis persuadé qu'en ce qui concerne ces institutions, la Suisse dispose d'un articiel d'exportation qui aujourd'hui encore – cent ans après leur adoption par plusieurs Etats américains – possède une grande attractivité. Il me reste à remercier tous ceux qui ont contribué à la réalisation de ce volume. Ce sont avant tout les auteurs, ensuite mes collègues *Wolf Linder* et *Silvano Möckli* qui ont participé au comité de rédaction. *Gisèle von Fadgyas* m'a aidé avec les traductions. *Anne Gyger* et *Thérèse Rolle* m'ont soutenu avec les travaux de secrétariat. *Diego Hättenschwiler* et *Serge Terribilini* ont rédigé la bibliographie.

Hanspeter Kriesi  
Rédacteur de l'annuaire



